

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Beitung für Stadt u.

Kreis Merseburg



mit Illustriertem

Sonntagsblatt

Amfliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet

Nr. 240.

Sonnabend, den 18. Oktober 1917.

157. Jahrgang.

Amfliche Anzeigen.

Seite 4 und 8 betr.

1. Regelung des Verkehrs mit Verbrauchssteuer.
2. Anordnung über den Verkehr mit Zuder.
3. Höchstpreise für „Weißbleich in Rappen“.
4. Prüfung von Fleischspeziern.

Tageschronik

Staatssekretär von Capelle tritt zurück?
Der Rücktritt des Reichsanzlers wird überseits festgestellt.
Dritter Angriff des Abgeordneten Heine auf Hindenburg (I. Teil).
England rekrutiert weibliche Soldaten.
Der Hunger als Schiedsrichter.
Ruhland braucht wieder 9 Milliarden Rubel und will sein Heer bedeutend verkleinern.
Kaiser Wilhelm soll in Sofia erkrankt werden.
Graf Radner von „Secadler“ gefangen?
Amerikas Haub neutraler Schiffe.
Frankreich und Rußland wärfen über holländisches Gebiet.

Unsere auswärtige Politik.

Die Vorgänge in der Reichstagskammer vom Dienstag schließen die Gefahr in sich, daß durch die Zwischenfälle, die sich ereigneten, durch die Nebenabsichten, die verhandelt wurden, der Punkt, der die meiste Beachtung verdient, in besonderer Weise in den Hintergrund gedrückt wird, die Stellung unserer Regierung zu den Fragen der auswärtigen Politik, zu der Kriegszufolge. Der Reichsanzler Dr. Michaelis hat zwar wieder am Montag im Hauptsaal des Reichstages, noch am Dienstag in der Volleröffnungssitzung zu einer Festlegung auf die Entscheidung vom 19. Juli d. J. im Sinne eines Verzichtsfriedens, wie ihn die Herren Scheidemann und Erzberger vertrieben, drängen lassen, aber er ist den Freunden eines solchen Verzichtsfriedens doch in der Form nicht entgegen gekommen, als es bisher für angebracht hielt. Er meinte, im Rahmen der erwähnten Reichstagsentscheidung lasse sich ein Frieden erreichen, der allen berechtigten Interessen Deutschlands entspreche. Das ist noch kein unbedingtes Bekenntnis zu den Ansäunungen Scheidemanns und Erzbergers, obwohl Herr Trimbom ein solches aus den Ausführungen des Kammerers herausgehört haben wollte, aber es war noch weniger ein Abrücken von diesen Ansäunungen. Es war tatsächlich nur die Fortsetzung der unklaren Haltung, welche seit langem zum Kennzeichen unserer auswärtigen Politik geworden ist, und welche die Befürworter hat rasch werden lassen, die jetzt in der Bewegung für die Deutsche Vaterlandspartei zum Ausdruck gelangen.

Die Stellungnahme des Reichsanzlers ließ sich noch aus dem von ihm auch in bereite Worte gekleideten Bestreben erklären, das Einigende zu betonen und dem inneren Streite die Spitze abzubrechen. Besonders erscheinen uns jedenfalls die Ausführungen des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen, des Herrn v. Kühlmann. Dessen Rede vom Dienstag bedeutet nach unserer Auffassung eine plattliche Preisgabe des bisherigen Standpunktes unserer Regierung und führt auch der erwähnten Weisheit des deutschen Volkes, wonach England der Urheber und bis auf den heutigen Tag der Verlängerer des Weltkrieges ist, daß England die Seele des Widerstandes unserer Feinde gegen alle Friedensbestrebungen darstellt, daß England der Feind ist, den es zu belegen gilt. Nach dem Staatssekretär v. Kühlmann bildet die Entscheidung der Reichstagskammer den Ausgangspunkt des Krieges, wie des Friedensschlusses. Er will aus dieser Quelle wissen, daß England sich Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet hat, solange für die Bündnis-Entscheidungen an Frankreich politisch und mit den Waffen einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. Die Frage, um welche die Völker Europas kämpfen, sei nicht in erster Linie die belgische Frage, sondern die Zukunft Elsaß-Lothringens. Das ist eine Verschiebung der Auffassung über Ursprung und Ziel des Krieges bei unseren Feinden,

wie sie einschneidend und nach unserem Erachten gefährlicher nicht sein kann. Bisher ist — das ging aus zahlreichen Versicherungen Bethmann Hollwages hervor — unsere Regierung der Ansicht gewesen, daß England den gegenwärtigen Krieg gewollt und von langer Hand vorbereitet hat, um sich der ihm immer fühlbarer werdenden politischen und wirtschaftlichen Konkurrenz Deutschlands zu entziehen. Zu diesem Zwecke hat England Frankreichs Begehrlichkeit angeleitet und Rußland gegen uns verhetzt, hat es im entscheidenden Augenblick die Abwendung des Krieges verhindert und schließlich es heute nach so entsetzlichen Blutvergießen noch immer die Beendigung des Krieges. Diese Ansicht ist auch die Ansicht des deutschen Volkes. Es wird gewiß richtig sein, was Herr von Kühlmann über diplomatische Verpflichtungen Englands gegenüber Frankreich bezüglich Elsaß-Lothringens sagte, aber die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens für Frankreich war nur der Ader, mit dem England Frankreich zur Teilnahme am Kriege verlockte, wie Konstantinopel der Preis war, den es Rußland in der Ferne gebot. Herr von Kühlmann meinte, der Krieg gehe „nicht in erster Linie um Belgien“. Nein, ganz gewiß nicht. Die Verteidigung Belgiens ist immer nur das Vorwörter für Englands kriegerische Absichten gewesen, wie es heute zur den Vorwand für die Fortsetzung des Krieges bildet. Das Schicksal Belgiens aber schließt nach dem heutigen Stande der Dinge für England das eigene Schicksal ein. Darum betont England die belgische Frage, darnach werten auch wir sie. In der Hauptsache aber ist und bleibt des Krieges Kern die Frage, ob es England gelingen soll, uns niederzuringen, oder ob es uns gelingen wird, die Wälfen Englands zu vereiteln. Elsaß-Lothringen ist für England nur Mittel zum Zweck, Belgien ist für England ein Symbol.

Nur meinen, diese Sache lasse man nicht verfehlen. Auch nicht der Gelegenheit zuhause, durch eine kräftige Betonung der Unmöglichkeit, Elsaß-Lothringen vom Deutschen Reich zu reißen, einen starken Beifall zu erzielen. Diese Unmöglichkeit ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Herr von Kühlmann betonte die Innerlichkeit des Problems. Gibt das auch für neue Kolonien? Er verweist jedes weitere Friedensangebot, erklärt aber im gleichen Augenblick, über Alles lasse sich reden und verhandeln, nur über Elsaß-Lothringen nicht. Ist das nicht eine indirekte Erneuerung unserer Friedensangebote? Er behandelte alle Erklärungen von der Nebenbühne geringfügig, lobte aber im gleichen Atemzuge das Auftreten des Grafen Fernin. Das sind insofern keine Hoffnungen und Wünsche, die wir übersehen könnten, die Hauptfrage ist für uns: Wie stellt sich Herr von Kühlmann zu England? Auf diese Frage ist uns der neue Staatssekretär des Auswärtigen nach die Antwort schuldig. Von ihr hängt viel ab.

Vom Kriege

Aus dem Westen

Zur Kampflage

Berlin, 11. Oktober. Das Kampffeld in Flandern, das in wiederholten Gewaltangriffen der Engländer viele Hunderttausende vergeblich gegen die deutsche Front anrennen ließ, lag nach dem letzten Großangriff am 9. Oktober dauernd unter lebhaftem Artilleriefeuer, das sich vom Nachmittag des 10. ab an der Küste und zwischen Blandin und Poelcapelle zu großer Stärke steigerte. Gegen 6 Uhr abends ging das letzte Geschützfeuer in Gegend Draaiant und nördlich des Hauptbatteries Waldes in Trammelfeuer über und dehnte sich bis in Gegend Poelcapelle aus. Unter gleichzeitiger Einleitung unserer dortigen Stellungen erfolgte ein harter erneuter französischer Angriff beiderseits Draaiant und zugleich der Vorstoß einer feindlichen Großpatrouille an der Bahn Voelcapelle-Etoden. Unter starken blutigen Verlusten wurden die Angriffe reitlos abgewiesen, während unsere Stotrupps ein südlich der Bahn Ypern-Roulers vom 9. Oktober vertriebenen Engländerneht trotz häufiger feindlicher Artillerie-Gegenwirkung zum größten Teil führten.

Am 11. und in der Gegend von St. Quentin und an der Aisne entlang steigerte sich zeitweise die Feuer-tätigkeit, die besonders in Gegend Kort Walmation und am Chemin-des-Dames größere Stärke annahm und erst nachts abflaute.

Auf dem Ostufer der Maas drangen wir bei Tagesanbruch in 700 Meter Breite und 300 Meter Tiefe in die französischen Stellungen im Ghaume-Walde ein und hielten die neu gewonnenen Gräben gegen mehrfache wiederholte starke Gegenangriffe des Feindes. Bisher wurden 8 Offiziere, 115 Mann und 2 Maschinengewehre eingebracht. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer. Infolge dieser Unternehmung blieb das Feuer tagsüber und während der Nacht lebhafter, und griff auch zeitweilig auf die benachbarten Abschnitte über. Gegen 8 Uhr abends gelang es uns auch am Nordhang der Höhe 344, ein weiteres feindliches Grabensfeld zu nehmen und Geländegewinn zu bringen.

Das englische Kampffeld.

Rotterdam, 10. Oktober. Dem „N. Rot. Cour.“ zufolge schreibt „Mand. Guard“: Das Ziel unserer beschränkten Offensive im Westen ist die Eroberung des hoch gelegenen Geländes in Flandern mit Anknüpfung des Südenrücken zwischen Tourant und Thelst. Wir sind sicher, unser Ziel zu erreichen; es fragt sich nur, ob dies schon jetzt oder erst im nächsten Frühjahr geschehen wird. Die schnelle Aufeinanderfolge unserer Vorstöße beweist, daß Krieg es nicht für ausgeschlossen hält, das Ziel noch vor dem Winter zu erreichen, wozu allerdings ein schöner Oktober nach wendig wäre.

Eine Geheimfugung in Bordeaux.

Genf, 11. Oktober. Die Beratungen des sozialistischen Kongresses in Bordeaux wurden am Montag nachmittags für geheim erklärt, um die Bündnisverpflichtungen Frankreichs gegenüber den Alliierten und die parlamentarische nicht genehmigten Staatsverträge des Präsidenten mit den Verbündeten zu erläutern.

England hebt die Frauen aus.

Karlsruhe, 10. Oktober. Die „N. Ztg.“ meldet aus London: Der Kriegsminister verlangte die Aushebung einer Frauennorme, und zwar zehn-stündig monatlich; sie sollen die Arbeitsuniform tragen und teils im Lande, teils auswärts verwendet werden. In allen englischen Arbeitsbüros wurden Rekrutierungsbüros für Frauen eröffnet.

Der Hunger als Schiedsrichter.

Saar, 10. Oktober. Obwohl von amtlicher englischer Seite alles getan wird, um die Wirkungen des U-Bootkrieges weit weniger harmlos auszugleichen, als die deutschen amtlichen Meldungen erkennen lassen, enthält die englische Presse doch dann und wann Betrachtungen, die beweisen, wie sehr man sich in England über die steigenden Wirkungen der Schiffsverluste auf das englische Wirtschaftsleben im Klaren ist. So sagt der englische Lebensmittelfunktionär Yapp in seinem Organ „National Food Journal“: Die Hungersnot wird vielleicht die Schiedsrichtertafel in diesem Kriege spielen. Auch Lloyd George ist häufig in Konferenzen mit Vertretern des Ackerbaus beschäftigt, um die Erzeugung zu erhöhen. Laut holländischem „Nieuws Bure“ schreibt der „Daily Tel.“: Wir beobachten die Schiffsverluste mit steigender Besorgnis. Nach den Berichten der letzten Woche zeigen die Befehle einen erfreulichen Rückgang, doch die U-Boote sind keineswegs besiegt, vielmehr nur zeitweilig. Wir haben volles Vertrauen, daß unsere Flottenleitung sich nicht durch neue Tausende des Feindes irreführen läßt. Am der neuesten U-Boot-Krieg begann, fanden 1500 Dampfer über 1600 Tonnen für den privaten Handel zur Verfügung. Davon sind bereits 584 versenkt worden. Ende des Jahres werden es 700 sein. Dazu kommen noch 300 kleinere Schiffe. Durch so tatsächlicher Hungersnot brauchen wir nicht zu haben, aber Entbehrungen schlimmer Art sind nicht ausgeschlossen. Wir geben zu, daß Amerika vielleicht helfen kann. Es besteht jedoch Meinung, diese Hilfe zu überschätzen, denn man darf nicht vergessen, daß die Küstenlinie, welche Amerika verteidigen muß, 100mal länger ist als die unsere.

Sturmzeichen in Irland.

Ein Mitarbeiter aus Belfast schreibt in der „Morning Post“ vom 28. v. M.: Auf Grund meiner Erfahrungen muß ich gestehen, daß der gegenwärtige aufständische Zustand

Bekanntmachung

Über die Regelung des Verkehrs mit Verbrauchs- guder in der Provinz Sachsen vom 1. November 1917 ab.

Auf Grund der Bestimmungen und Bekanntmachungen vom 25. Sept. 1916 (R. G. Bl. S. 607), vom 4. Okt. 1916 (R. G. Bl. S. 728) und vom 6. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 678) wird für den Umfang der Provinz Sachsen in Ausführung der Anordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 4. Sept. 1917 Nr. 6560 D. P. folgendes verordnet:

Vom 1. Nov. 1917 ab darf innerhalb der Provinz Sachsen Verbrauchs guder jeder Art einfließen. Kaufen nur gegen Abgabe der entsprechenden Menge von Bezugsscheinen der Zentrale für die Provinz Sachsen oder von Zentrale-Beauftragten der Lebensmittelkarte für Binnenhändler verbotlich und entnommen werden.

Alle Einkäufe in der Provinz zum Besitze von Zuder im Verkehr befindlichen Marken, Marken, Scheine usw. der Kommunalverbände verlieren mit Ablauf des 31. Okt. 1917 ihre Gültigkeit.

Als Bezugsscheine werden von der Provinzialzentralfelle ausgeben: Marken über 750 Gramm Zuder, gültig für den auf ihnen vermerkten Monat, und (Zusatz) Marken über 125 Gramm, gültig für 3 auf ihnen vermerkte Monate.

Die Marken bezeugen Freiheitsheit in der ganzen Provinz. Für die Verordnungsbestimmungen ihres Besitzes sorgen die Kommunalverbände bestimmte Verkaufsstellen vorzusehen.

Für die Abrechnung der Marken an die Verbraucher und den Umfang der Marken in einzelnen Bezirken die Bestimmungen der Kommunalverbände maßgebend.

Der Kleinhändler hat die von den Verbrauchern erhaltenen sämtlichen Marken durch Abheften, Durchstreichen oder Bohren zu entfernen und sorgfältig zu verwahren.

Die Weitergabe der Marken kann jederzeit, sie muß spätestens am dritten Tage nach Ablauf ihrer Gültigkeit erfolgen. Nach diesem Tage erlischt der Anspruch auf Einlösung. Die Weitergabe geschieht durch Ablieferung an den Zwischen- bezw. Großhändler oder deren Beauftragte persönlich oder durch eingeschriebenen Brief bezw. Wertpaket. Die hierüber erhaltenen Empfangsbescheinigungen der Händler und Post sind sorgfältig aufzubewahren.

Die Abchnitte der Lebensmittelkarte für Binnenhändler über eine halbe Wochenmenge sind vom Kleinhändler mit 50 gr zu beliefern und spätestens bis zum 10. jedes Monats der Provinzialzentralfelle unmittelbar zu überreichen. Der Kleinhändler erhält hierfür Marken der Provinzialzentralfelle in entsprechender Höhe, mit denen er sich den voraus- gabe Zuder wieder beschaffen kann.

Zwischenhändler und Großhändler haben über erhaltene Marken Empfangsbescheinigungen zu erteilen und die Marken, soweit es möglich ist, durch Abheften, Durchstreichen oder Bohren zu entfernen. Ueber Empfang der Marken sowie über die Abgabe von Zuder haben sie genau Buch zu führen. Bedienen sie sich zur Empfangnahme der Marken dritter Personen, so haben sie diese zu beauftragen gleichfalls ordnungsgemäß Zutritt zu erteilen und bei Benutzung der Post eingeschriebenen Brief oder Wertpaket zu verwenden.

Ihren Zuderbedarf decken Zwischenhändler gegen Wertgabe der Abchnitte zu ordnen Marken bei einem beliebigen, zur Provinzialzentralfelle zugelassenen Großhändler. Die Weitergabe der Marken kann jederzeit, sie muß spätestens am 7. Tage nach Ablauf ihrer Gültigkeit erfolgen. Nach diesem Tage erlischt der Anspruch auf Einlösung. Die Weitergabe erfolgt durch Ablieferung an den Großhändler oder dessen Beauftragte persönlich oder durch eingeschriebenen Brief bezw. Wertpaket. Die hierüber erteilten Empfangsbescheinigungen der Großhändler und Post sind sorgfältig aufzubewahren.

Die Großhändler geben die bei ihnen eingegangenen Marken an die Provinzialzentralfelle ab, und zwar in Bündeln zu je 200 Stück. Die Abgabe kann jederzeit, sie muß spätestens am 7. Tage nach Ablauf der Gültigkeit der Marken erfolgen. Nach diesem Tage erlischt der Anspruch auf Einlösung. Erhält aber die eingereichten Marken entsprechende Zudermenge Bezugsscheine der Reichszentralfelle auf eine Kassette.

Ueber seinen Anfordern nach muß sich jeder Händler den von der Provinzialzentralfelle beistellenden Kontrollbeamten gegenüber auf Verlangen jederzeit durch die bei ihm vorhandene Zudermenge oder durch Marken der Provinzialzentralfelle bezw. Abchnitte der Lebensmittelkarte ausweisen können.

Angestellte und Beauftragte der Händler sind ebenso wie diese für ihre Verrichtungen beim Verkehr mit Zuder verantwortlich. Sie sind von den Händlern sorgfältig auszuwählen, zu beaufsichtigen und zu unterweisen.

Der Handel mit Marken der Provinzialzentralfelle und jede missbräuchliche Benutzung ist verboten.

Die Kommunalverbände erlassen die Bestimmungen für den Verkehr.

Der den Vorschriften über die Regelung des Verkehrs mit Verbrauchs guder zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 M bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Magdeburg, den 29. September 1917. Zentrale für die Provinz Sachsen, Verwaltungsabteilung. V o l l e r t, Regierungsrat.

Veröffentlicht unter Zustimmung der Provinzialzentralfelle Bekanntmachung vom 23. Sept. und 2. Okt. ds. Jrs. - veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 239 und 234. Merseburg, den 8. Oktober 1917.

Der Königliche Landrat Nr. 5623 K. W. Nr. 2: von Oran.

Öffentliche Verdingung

von Holzlieferungen für das Feldheer im Bereich des IV. Armee-Korps für die Monate Dezember 1917 und Januar 1918.

Alle Sägewerke und Holzhandlungen, die Wohnort oder Geschäftsanlagen im Bereich des IV. Armee-Korps haben, werden zur Einreichung von Angeboten aufgefordert. Es sollen beachtet werden: Schurzholzrahmen, Minenbohlen, geschnittenen Raufholz, Hobelbalken, Bretter, Bohlen, Latten, Stangen und Hölzernspähle.

Angebotsunterlagen sind entwerfen vom Militärbaumeister II Magdeburg (Vermerk 7841) oder von den Militärbaumeistern II Halle, Wittenberg und Militärbaumeister II Altenburg anzufordern. Bei diesen Dienststellen können auch die Ausschreibung zu Grunde liegenden Bedingungen eingesehen werden.

Die Angebote sind bis spätestens 23. Okt. 1917 mittags 12 Uhr der unterzeichneten Dienststelle einzureichen. Bis 25. November 1917 können die Bieter daran gebunden. Angebote, die höhere, als die Mindestpreise enthalten, werden nicht berücksichtigt; im übrigen kommen bei sonst gleichen Verhältnissen die niedrigsten Preise zunächst in Betracht.

Besondere Wert wird auf Lieferung von Schurzholzrahmen und Minenbohlen gesetzt; die Bieter werden daher ersucht, möglichst mehr als die Hälfte der Gesamtmenge in Minenbohlen oder Schurzholzrahmen anzubieten. Die Bieter von Schurzholzrahmen sind verpflichtet, in seinem Bezirk mehr, als die vom Kriegsamte festgesetzten Höchstpreise für Minenbohlen zu zahlen und müssen diese Verpflichtung auch von ihren Unterlieferern verlangen.

Magdeburg, den 10. Oktober 1917. Militär-Bauamt II. Baumonster, 14 III.

Gesucht für unsere Grube Elise II bei Mücheln eine gewandte Stenographistin und Maschinenschreiberin.

Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen an unser Hauptbüro Halle a. S., Merseburgerstraße 156, erbeten.

Gewerkschaft Elise II.

Erfahrenen Maschinenmeister auch Kriegsbeschädigten, sucht Sennens-Brauerei, A.-G., Naumburg a. G.

Aumerksamste Bedienung. Mäßigste Preise.

Karl Tänzer Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7 Spezialgeschäft

für Leinen- und Baumwollwaren Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche Bettfedern und Betten.

Fernspr. 259. Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Pferde-Auktion Am Diensta, den 23. Oktober von 11 Uhr nachm. ab werden im Königl. Hauptplat Graditz bei Torgau ca. 35 Halbblutpferde meistbietend gegen sofortige bare Bezahlung versteigert.

Einriches, sauberes Mädchen als Aufwartung für den ganzen Tag, oder Dienstmädchen mit einig. Kochkenntnissen, welche zu Hause wohnen kann, bei vollständiger Verpflegung zum 1. November gesucht.

M. Mecker, Kleine Ritterstraße 11. 2 Pferde, passend für Landwirte, auch einzeln zu verkaufen. Paul Otto, Halle a. S., Königstraße 71.

Stiel-Reisigbesen sowie Strassenbesen von extra prima Erlag-Material, haltbar wie echte Ware empfiehlt Otto Renner, Mar. 18.

Futtermöhren, Speise- und Futtermöhren jeden Poiten auf Laufm. Paul Otto, Halle a. S., Königstraße 71. - Tel. 3320.

Eröffnung! eines modernen und vornehmen Lichtspieltheaters: Kl. Ritterstr. 3. Kammerlichtspiele!!

Apfel u. Birnen verlade morgen Sonntagabend auf dem hiesigen Güterbahnhof. Rich. Tepper, Rennerstr. 45.

Bräutleute: überzeugen Sie sich unbedingt von der unüberstößlichen Leistungsfähigkeit der Möbellfabrik C. Hauptmann, Halle a. S., Kl. Ulrichstraße 36 a. u. b. Riesenauswahl! Große Vorräte noch zu billigen Preisen! Ca. 200 Musterzimmer!

Geflügelzüchter. Sonntag, den 14. d. Mts., 3 Uhr nachmittags, im Vereinshaus, die Verlosung der neuesten Tagesfragen und Gewinne von Zuchtgefögeln. Der Vorstand.

Büroklub: versch. Bar, evtl. gebraucht, an kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verantwortliche Redaktion: Postf. 1. D. A. G. Volkes und Vermittlers: K.-D. G. B. G. Sport und Anzeigen: N. P. G. B. e. i. m. e. r. Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, S. A. G., sämtlich in Merseburg.

Bekanntmachung. Die Aufnahme des Verordnungslandes für die Steuererhebung im Jahre 1918 hat für die Stadt Merseburg nicht, wie im Jahre 8. Oktober 1917 be- stimmt, am Dienstag, den 16. Okt. 1917, sondern bereits am Montag, den 15. Okt. 1917 stattzufinden.

Merseburg, den 12. Okt. 1917. V. 2004/17. Der Magistrat.

Bekanntmachung. Die Urliste der in d. Stadtgemeinde Merseburg wohnhaften Personen, welche zu dem Zwecke eines Zensus oder der Schwurgerichte berufen werden können, liegt vom 13. Oktober ab eine Woche lang im Geschäftsamt des Magistrats - Rathaus 2. Obergeschoss - zur Einsicht aus.

Merseburg, d. 6. Okt. 1917. Der Magistrat. Nr. 4366/17.

Bekanntmachung. Der an der Verberichtigte belegene Ackerland in Größe von 8 1/2 Morgen soll auf die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis Ende Dezember 1918 in kleinen Parzellen veräußert werden.

Die Käufer, welche im vorangehenden Jahre von diesem Acker eine Parzelle gepachtet haben, werden ersucht, binnen 3 Tagen im Geschäftsamt des Magistrats (Mairie) zu erklären, ob sie das Land weiterpachten wollen. Anderenfalls werden die Parzellen an andere verpachtet.

Die Verpachtung erfolgt unter den vorstehenden Bedingungen. Merseburg, den 9. Okt. 1917. Der Magistrat. Weh-Nr. II 874/17.

Schweinezwischenzucht. Am 15. Oktober d. Jrs. findet im preussischen Staat eine Schweinezwischenzucht statt. Die Haushaltungen, welche Schweine im Besitz haben, werden ersucht, den Behörden die erforderlichen Anträge zu geben.

Die Käster, welche am 1. September d. Jrs. bei der Viebzählung mitgewirkt haben, werden gebeten, dieses Amt auch bei dieser Schweinezwischenzucht zu übernehmen. Die Zahlbeurteilungen werden den Behörden zugehen. Von der Urliste ist eine Reinschrift mit Liste anzufragen und beide Listen sind mit Namens- unterschritt versehen am 15. Oktober d. Jrs. nachmittags bis 6 Uhr im Landesamt für Statistik einzureichen.

Merseburg, den 11. Okt. 1917. Nr. 4504/17. Der Magistrat.

Eröffnung! eines modernen und vornehmen Lichtspieltheaters: Kl. Ritterstr. 3. Kammerlichtspiele!!

Apfel u. Birnen verlade morgen Sonntagabend auf dem hiesigen Güterbahnhof. Rich. Tepper, Rennerstr. 45.

Bräutleute: überzeugen Sie sich unbedingt von der unüberstößlichen Leistungsfähigkeit der Möbellfabrik C. Hauptmann, Halle a. S., Kl. Ulrichstraße 36 a. u. b. Riesenauswahl! Große Vorräte noch zu billigen Preisen! Ca. 200 Musterzimmer!

Geflügelzüchter. Sonntag, den 14. d. Mts., 3 Uhr nachmittags, im Vereinshaus, die Verlosung der neuesten Tagesfragen und Gewinne von Zuchtgefögeln. Der Vorstand.

Büroklub: versch. Bar, evtl. gebraucht, an kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verantwortliche Redaktion: Postf. 1. D. A. G. Volkes und Vermittlers: K.-D. G. B. G. Sport und Anzeigen: N. P. G. B. e. i. m. e. r. Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, S. A. G., sämtlich in Merseburg.

Die am 20. Oktober geplante Versteigerung des Mühlengrundstückes in Kötschau findet, da schon verkauft, nicht statt.

Albert Franke, Aktionär in Merseburg.

Bekanntmachung. Die Auszahlung der Kriegsmittelungen erfolgt inwieweit der Reichsliste: Dienstag, den 10. Okt. 1917. 1. 600 2. 911 gr vorm. 301-800 9-10 801-1000 10-11 1001-200 11-12 1.01-1300 1-12 1301-1500 17. Okt. 1917. 1501-1800 8-9 Uhr vorm. 1801-2000 9-10 2001-2000 10-11 2001-2000 11-12 2001-2000 11-12 Merseburg, den 12. Okt. 1917. Die Reichsliste. Nr. IV. 3. 7. 9. 17.

Grüßwörter. Am Sonntag, d. 13. Okt. 1917, nachmittags von 4-7 Uhr, wird an der Merseburger Synagoge auf Markt Nr. 2 der Gedenkfeier für 2. Juni der Gedenkfeier auf Markt Nr. 2, 59. Wg. abgehalten.

Zur Abrechnung des Verkehrs zwischen den in nachstehender Reichsliste in nachstehender Reichsliste Nr. 16 für die Inhaber der Kriegsmittelungen Nr. 1901-2700 an Kästen an der Reichsliste Nr. 1 für die Inhaber der Kriegsmittelungen Nr. 1901-2700.

Zur schnelleren Abwicklung des Verkehrs wird ersucht, dass die Reichsliste für 2. Juni (Grüßwörter) abgefasst bereit zu halten.

Merseburg, den 12. Okt. 1917. Das Amt Lebensmittell. Nr. 1. 149/17.

Tivoli-Theater Merseburg. Dir.: Art. Dechant. Sonnabend, den 13. Okt. 1917, abends 7 1/2 Uhr. Vol. 3. Vorstellung - bei ermäßigten Preisen - Die Welt ohne Männer. Schwan in 3 Akten von Alex. Engel u. Jul. Grotto.

Sonntag, den 14. Okt. 1917, abends 7 1/2 Uhr. Novität! Die Kinokönigin. Operette in 3 Akten v. J. Gilbert. Drehbuch: Landheimstraße 1/31 Halle.

Nachmittags 4 Uhr: Grosse Kinder Vorstellung. Zum zweiten Male! Infolge des grossen Andrangs: :: Achenbrödel. :: Märchen in 1 Akt v. G. Grotto.

Bräutleute: überzeugen Sie sich unbedingt von der unüberstößlichen Leistungsfähigkeit der Möbellfabrik C. Hauptmann, Halle a. S., Kl. Ulrichstraße 36 a. u. b. Riesenauswahl! Große Vorräte noch zu billigen Preisen! Ca. 200 Musterzimmer!

Geflügelzüchter. Sonntag, den 14. d. Mts., 3 Uhr nachmittags, im Vereinshaus, die Verlosung der neuesten Tagesfragen und Gewinne von Zuchtgefögeln. Der Vorstand.

Büroklub: versch. Bar, evtl. gebraucht, an kaufen gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Verantwortliche Redaktion: Postf. 1. D. A. G. Volkes und Vermittlers: K.-D. G. B. G. Sport und Anzeigen: N. P. G. B. e. i. m. e. r. Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, S. A. G., sämtlich in Merseburg.

Ein politisches Gaunerstückchen.

Die Enthüllungen des Staatssekretärs von Capelle über den Meuterei-Verdacht einzelner Mannschaften der Flotte über die ihnen durch sogenannt-moralische Reichsorganisationskommissionen...

Freilich, wen will diese Feststellung noch sonderlich wunder nehmen! Eine Partei, die dem Reiche grundsätzlich die Mittel zur Kriegführung verweigert und die, unbestimmt um die Not des Vaterlandes, jede Gelegenheit benutzt, die deutschen Interessen planmäßig zu schädigen...

Einigermaßen verwunderlich war es — trotz aller bisherigen Erfahrungen — daß auch angedacht dieser schwersten, dem Staatssekretär von Capelle offenmäßig, höchsten Anklagen die sogenannten Minderheitsparteien...

geführten Waffe die Spitze abzubiegen. Denn daß diese Waffe an sich tödlich ist, darüber braucht ein Zweifel wohl nicht zu bestehen.

Dabei ist allerdings nicht zu verkennen, daß die Regierung ihre Abwehr — denn eine Abwehraktion ist die genaue Enttarnung — zweifellos geschickter zu führen vermag...

Ein politisches Gaunerstückchen frecher Art aber scheint es uns doch zu sein, wenn das „Berl. Tagebl.“ jetzt das Auftreten des Reichsanzlegers und des Marine-Staatssekretärs als ein unerhörtes Verbrechen zu brandmarken unternimmt.

Die große Stunde

fordert ein großes Geschlecht! Es gilt die Zukunft unsrer Kinder, unsres Volkes, unsres Vaterlandes! Jeder einzelne, der die 1. Kriegsanleihe zeichnet, stärkt das Heer, stärkt das Reich und stärkt die Sicherheit der jetzigen und aller vorangehenden Kriegsanleihen.

Allgemeine Wehrpflicht draußen, — allgemeine Zeichnungspflicht drinnen!

Zu' Deine Pflicht!

Politische Rundschau Deutsches Reich

Krise in der Reichsregierung?

In der Beurteilung der innerpolitischen Lage stimmen die Berliner Blätter im weitgehenden Maße darin überein, daß die Vorgänge, die sich in den letzten Tagen im Reichstag abspielten, zu den traurigsten Ereignissen der ganzen Kriegszeit gehören.

Die Briefe der Prinzessin.

Von A. B. Oppenheim

80

Es war ein Notpostbrief, der für ihn abgegeben wurde. Ihn auf den ersten Blick erkannte er an der Kürze die charakteristische Handschrift Doktor Dombrowski's.

„Geehrter Herr Hoffeld!“ las er halblaut. „Zu meinem großen Bedauern lebe ich mich äußerlich, meine Ihnen gegebene Zusage einzulösen. Es haben sich in der Zwischenzeit allerlei Dinge ereignet, die es mir zur Unmöglichkeit machen, mich der bewußten Angelegenheit drei Tage zu warten.“

Es können verflucht sein, die zu ändern ich nicht die Macht habe, mir diese Bedingung abpreßt. In der Suwerität je...

doch, daß es Ihnen ohne große Schwierigkeiten möglich sein wird, auch den veränderten Termin einzuhalten, verbleibe ich Ihr sehr ergebener

Dr. Dombrowski.

Hoffeldsen ließ den Brief sinken und sah Herbert schweigend an. Wehringen begegnete seinem Blick, sagte aber nur ruhig: „Wir werden also das Neueste versuchen müssen, die Spur des wirtlichen Mörders bis morgen Abend zu finden.“

„Herbert schnitt ihm mit einer raschen Handbewegung das Wort ab. „Ihr die Bedeutung des Briefes erlaube ich mir kein Urteil.“ sagte er merkwürdig bestimmt. „Im Leben eines Mannes wie Dombrowski können ja fündigster allerlei Zufälligkeiten eintreten, die seine Pläne und Berechnungen über den Haufen werfen.“

„Wenn es Ihnen unmöglich ist, mit mir zu kommen, werde ich mich allerdings wohl allein auf den Weg machen müssen.“ erwiderte er, und seine Stimme hatte

unwillkürlich einen kühleren Klang angenommen. „Aber ich darf wohl hoffen, daß ich Sie morgen früh —“ „Ich kann Ihnen leider keine bestimmte Zusage machen, wann ich mich Ihnen wieder zur Verfügung stellen kann,“ unterbrach ihn Herbert halblaut und in leiserer Berlegenheit.

„Sie sind wohl so gültig und bewachtigen mich davon, wenn es Ihnen gelingen ist, etwas auszurichten. Und nun muß ich Sie bitten, mich zu entschuldigen, ich habe mich sehr zu beeilen.“

„Ich werde mir erlauben, Sie hinunterzubegleiten. Denn auch ich möchte eine Minute mehr verlieren.“ Unten auf der Straße trennten sie sich, und sie gingen mit weit flüchtigerem Grusse auseinander, als es sonst der Fall gewesen war.

Er rief die nächste beste Droßke an und gab dem Kutscher die Adresse, die ihm der Bote aus dem Eldorado-Theater ausgehändigt hatte. Es war in der Tat eine weite Reise hinaus bis zu der angegebenen Straße im Norden der Stadt, und es war eine hüßliche Gegend, in die Heinz da kam.

„(Fortsetzung folgt.)“

nach noch ein anderer Staatssekretär gehen (Seiffert), was ist mit solchen Personenüberänderungen erreicht? Wenig oder nichts! Die Situation bleibt genau so unzufriedenbar wie zuvor.

Die bemerkenswerte Ungleichförmigkeit, mit denen die Organe der Reichsregierung wieder einmal operiert haben, beweist aufs Neue, daß niemand in den oberen Regionen auch nur eine Ahnung von politischer Psychologie hat. Treibt das schon bezüglich der Reichstagsparteien ganz offenbar zu, so darf es nicht wundernehmen, wenn gegenüber dem Ausland eine noch viel größere Ungleichförmigkeit herrscht.

Dem Reichskanzler macht man zunächst den Vorwurf großer Ungleichförmigkeit in der Bewertung der Marine-Vorgänge gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie, wodurch sich ihr nur Gelegenheit bot, den sich zu parieren und über ihre moralische Schuld den Mantel gekränkter Unschuld zu bedecken, so daß sie jetzt nach dem hiesigen Legationsmaterial genannt hat. Der Vorwurf fällt nun so schwerer ins Gewicht, als Herr Dr. Michaelis vor mehreren Wochen bereits den Reaktionsführern von den Vorgängen in der Marine Mitteilung gemacht hat. Damals ist auch festgestellt worden, daß nach Ansicht des Reichsanwalts das Material zur Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens nicht ausreicht. Die Parteiführer geben daher dem Kanzler den Rat, keine politische Aktion gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten einzuleiten, bis weiteres durchsichtiges Befragungsmaterial vorliegt. Es waren deshalb doppelt überrascht, als trotzdem der Kanzler im Reichstage losging. Kein Wunder, daß auch der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums sich geweigert hat, den wiederholt geäußerten Wünschen des Admirals von Capelle zu entsprechen und im Reichstag das Verfahren mit seiner Autorität zu beenden. Sings hat, daß man nach den Zeugnissen vom Regierungssitz die Vorwürfe in der Marine eine weit übertriebene Bedeutung beimessen mußte, während es sich in der Hauptsache tatsächlich nur um quantitativ geringfügige Ausschreitungen gehandelt hat, wie sie in jeder Marine bei der langen Dauer des Krieges vorkommen können. Daß schließlich unmittelbar nach den Verhandlungen des Reichstags der Draht ins Ausland gespannt wurde, muß jenseits unserer Grenzen den ganz falschen Eindruck machen, als ob in unserer Marine eine kleine Revolution entzündet sei.

Für alle diese Mißgriffe hat man den Kanzler selbst verantwortlich gemacht, da Herr Seiffert doch wohl für sorgte, daß alle Welt erfuhr, er sei ebenso wie die Parteiführer von dem Vorgehen des Kanzlers überrascht worden. Nun scheint es, als ob auch Herr Michaelis selbst die Verantwortung für die Vorgänge nicht über sich hinweg will. Wie wir hören, hat kein Unterstaatssekretär den Parteien mitgeteilt, daß der Kanzler die Form, worin der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums die Angelegenheit behandelte, nicht billigen könne. Es ist daher berechtigt, wenn man im Reichstage die Stellung Capelle's für schwerwiegend hält und mit keinem anderen Mitteltritt rednet.

Bei aller Anerkennung der schwierigen Lage des Reichstags, welche ihm durch seinen Vorgänger hinterlassen war, muß man selber feststellen, daß er sich nicht jählig gezeigt hat, die Führung der Regierung und des Volkes kraftvoll und zielbewußt in die Hand zu nehmen. Die Direktionslosigkeit, der Mangel an geschlossener Einmütigkeit in der Reichsregierung ist nicht nur nicht behoben worden, sondern dauert ansehender und verfallender Maße fort. Das muß auch von den nationalen Parteien mit Bedauern festgestellt werden. Welcher Art die Lösung der unüberwindlichen Schwierigkeiten sein wird, steht völlig dahin. Mit trostlosen Gefühlen sieht der Vaterlandsfreund dem unwiderlichen Geseit und Fingerringen der Reichstagsmitglieder zu. Es ist höchste Zeit, daß ein Mann nicht bloß der klaren Worte, sondern der kraftvollen Tat, ein Vollführer in Hindenburg (und sei er selbst in Uniform) das Steuerbord des Reichs in die Hand bekommt, ein Mann, der allen Belästigungen von unten wie von oben ein unbedingtes Nüchtern und dem die deutsche Lebensnotwendigkeit ein tief schürfendes Verständnis entgegenbringt.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung

hat für den Donnerstagabend auf sozialdemokratischen Antrag mit allen gegen 7 Stimmen in vollster Einmütigkeit den Magistrats für eine grundlegende Änderung des Gemeinbewirtschafts in demokratischen Sinne ausgesprochen. Damit grüßt sich natürlich die fortschrittliche Volkspartei selbst ihr Glück. Es wird bei vollster Erfüllung dieser Forderung von den laienhaften Sozialdemokraten ohne Sang und Klang ausgeführt werden. Die liberalen Herren rechnen offenbar darauf, daß nicht so leicht geschehen wird, wie es geschehen wird.

Versuche zur Ausbuchtung unerfahrener Kriegsanleihebesitzer.

In letzter Zeit sind wiederum zahlreiche Fälle betrügerischer Ausbuchtung unerfahrener Kriegsanleihebesitzer bekannt geworden. Gewissenlose Menschen haben sich das ebenso sinnlose wie gemeingefährliche Geschäft gemacht, um daraufhin die Lage zu verbessern, daß die Sicherheit der deutschen Kriegsanleihen gefährdet, ihr Wert verringert ist. Dadurch haben sich besonders auf dem Lande Besitzer von Kriegsanleihen verloren, ihre Kriegsanleihe wurde weit unter Wert zu verkaufen. Der Verkäufer war natürlich der Betrüger, denn er erhielt nur einen Teil von dem gewöhnlichen Marktpreis zurück, während er, falls er aus einem triftigen Grunde verkaufen muß, durch Verkauf bei einer Reichsbankankalt, jederzeit den vollen Wert seines in Kriegsanleihe angelegten Geldes wieder erhalten kann. Die Reichsbankankalt sind verpflichtet, in allen Fällen, wo ein wirkliches Bedürfnis zum Verkauf vorliegt, unmittelbar vom Reich der Kriegsanleihebesitzer bis zu 1000 Mk. zum Marktpreise von 98 Mt. abzüglich der üblichen kleinen Verkaufsgebühr anzukaufen.

Es liegt also für einen Besitzer von Kriegsanleihe, der aus irgend einem Grunde verkaufen muß, nicht der mindeste Anlaß

vor, betrügerischen Einführungen Gehör zu leisten, mit denen gewissenlose Händler unerfahrene Personen um ihre mühsam erworbenen Kriegsanleihen bringen wollen. In Kriegsanleihe angelegte Gelder sind unbedingt sicher, denn die letzte Garantie ist die unbedingte Sicherheit der gesamten Finanz- und Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches und die Verleumdung und Steuertkraft seiner 70 Millionen Einwohner gewährleistet. In Kriegsanleihe angelegte Kriegsanleihen sind auch gegen Kursrückfälle geschützt, denn jeder Besitzer von Kriegsanleihe kann im Bedarfsfall den Betrag, den er beim Erwerb eines Reichsanleihe geschäft hat, durch Verkauf bei einer Reichsbankankalt zurückverlangen. Es wird aber niemand ohne ein Notwendiges Kriegsanleihebestehen aus der Hand geben, denn es sind mit ihm so viele und wertvolle Vorteile, u. a. Rücklagenkonten und Annahme zum Neuwerte bei Entziehung der Reichskriegskasse, dauernd verbunden, daß der Besitzer von Kriegsanleihe durch unzulässigen Verkauf nur sich selbst schädigen würde.

Deshalb: die Kriegsanleihebesitzer, die man in Händen hat, festhalten um jeden Preis, abgeben um keinen Preis unter Wert und um gewöhnliche Aufwände, die damit auf Kosten ihrer Gewinner die eigenen Taschen füllen wollen. Solchen Gewinnern die eigenen Taschen füllen wollen. Solchen Gewinnern die eigenen Taschen füllen wollen. Solchen Gewinnern die eigenen Taschen füllen wollen.

Ursprung

Stellung des Reichsanleihebesitzers nach dem Reichsanleihegesetz.

Wien, 11. Oktober. Die deutsche radikale Partei hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, aus dem deutschen Nationalverband auszutreten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 11. Oktober. Am Bundesratsitz: Dr. Seiffert, Reichsgraf Roeder, Wallraf.

Präsident Dr. Kaempff eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 35 Min. Zur dritten Lesung des Gesetzesentwurfes über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte empfiehlt Abg. Bell (Ztr.) einen Antrag auf anderweitige Stellung der Weiblichen an die Reichsregierung.

Abg. Herzfeld (Unabh. Soz.): Wir können dieser Liebesgabe an die Unternehmer auf Kosten der Arbeiterschaft nicht zu.

Abg. Emmel (Soz.): Mit dem angestrebten Zweck des Gesetzes sind wir einverstanden, solange aber nicht die Entschädigung aller sonst durch den Krieg Geschädigten feststeht, können wir dem weitgehenden Entwurf nicht zustimmen, sondern nicht unter Antrag angenommen wird, den die Bundesrat zuerst der verletzten Schiffe zu ersetzen, das übrige als Darlehen zu gewähren.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Das Gesetz wird mit dem Antrag Bell gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen.

Staatssekretär Dr. Seiffert: Mit dem verabschiedeten Gesetz ist ein harter Grundstein für Deutschlands Wiederaufbau nach dem Kriege gelegt worden. Das Gesetz dient nicht zum Vorteil einzelner Klassen, sondern zum Wohle des ganzen Volkes. So groß auch die unmittelbare materielle Bedeutung der Vorlage ist, so ist sie doch ein Symbol, da das Volk mitten im Kriege durch uns geschützt ist, nicht nur vor dem Kampf gegen den Feind, sondern auch zu friedlicher Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die dritte Lesung des Reichstagsgesetzes.

Abg. Ledebur (U. S.): Die Vorlage ist gefährlich für das Deutsche Reich. Koppeln ergibt sich, daß der Reichskanzler Michaelis nach Möglichkeit und Charakter ungenügend für das Amt ist. (Beifall Dr. Kaempff ruft den Redner zur Ordnung.) Das Material des Reichstags und des Staatssekretärs von Capelle reicht zu einer Anfrage gegen meine Parteifreunde nicht aus. Während der Reichsanwalt die Erhebung der Anklage abgelehnt hat, stellt der Reichsanwalt es so dar, als ob nicht nur Anklage erhoben wäre, sondern auch eine richtige Schuld erwiesen sei. Es war wie im Walder-Dehnbuch, wo der Staatsanwalt meinte, es sei ein Unbrennbares begonnen, um einen Mann zu verbrennen. Das trifft auf Michaelis ebenfalls zu. Präsident Dr. Kaempff ruft den Abg. Ledebur zur Ordnung und macht ihm auf die Folgen eines dritten Debatteversuches aufmerksam. (Lärm, Unruhe, Rufe links: Sie sind unmöglich, danken Sie ab.) Abg. Ledebur befürwortet jedoch die Entschädigung, betreffend den Aufklärungsdienst im Heere.

Abg. David (Soz.): Die Dreiteilung des Reichsamt des Innern muß kommen. Wir fordern die Schaffung eines Reichs-Arbeitsamts.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Stadthagen werden die Nachtragsforderungen, die die neue Stelle des Reichsanwalts bewilligen und den neuen Vorberater für das Reichsjustizministerium zustimmen, gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Gruppen angenommen. Eine sozialdemokratische Entschädigung, wonach der im Heere ergriffene Aufklärungsdienst sofort aufgehoben werden soll und insbesondere die Unterweisung der Soldaten über Kriegsgesetze und Friedensfragen durch Vorgesetzte untersagt werden soll, wird abgelehnt. Die Ergänzung zum Befehlsgesetz wird angenommen.

Sodann wird die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation über die Handhabung des

Berlins- und Versammlungsdirektions

fortgesetzt. Damit verbunden wird eine Aussprache über die Schlußfrage, den Belagerungszustand und die Zensur. Der Ausschuss fordert die Befreiung der politischen Zensur, die Sozialdemokraten beantragen die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Abg. Müller-Meinungen (Z. Vp.): Die willkürliche Handhabung der Zensur hat eine unerträgliche Atmosphäre geschaffen. Die trübsten guten Beziehungen zwischen den Generalcommandos und den Gemäßigten sind schlechter geworden. Die Parteiverhandlungen werden verbottener. Staatssekretär Dr. Seiffert: Der Reichskanzler und der Kriegeminister haben keinen Zweifel geäußert, daß sie die amtliche Befreiung einer Partei nicht billigen. Der Reichsanwalt befragt die Bornwiese bestimmter Stellen, der Reichstag hätte seine Schuldigkeit vor dem Kriege nicht getan. Ich stelle fest, daß der Reichstag voll allen Militärvorurteilen ausgeht. (11)

Unterstaatssekretär Dr. Wallraf: Unannehmlich bilden persönliche Freiheit, Unerschlichkeit der Wohnung, ordentlicher Gerichtsstand, Vereins- und Bekanntheitsrecht und

Freiheit die Grundlagen der staatsbürgerlichen Freiheit. Ungewöhnliche Verhältnisse und die Zeit der Zeit bedingen aber zeitweise die Aufhebung dieser Rechte.

Oberst v. Wrisberg: Wir geben zu, daß von Seiten des Kriegsamts viele Fehler gemacht worden sind und daß das ganze Verfahren des Amtes sein muß, diese Fehler in Zukunft zu vermeiden.

Abg. Dr. Köpcke (Komm.): Auch wir haben lebhaftesten Klagen über die Handhabung der Zensur. Die Sozialdemokraten wenden sich gegen die Mitarbeit für die Vaterlandspartei von Amtsträgern. Wir steigt aber die Leisig auf, was monas der Kriegsamtstelle demokratischen Verfassungen gemacht wird. Die Sozialdemokraten sollte der Regierung dankbar sein, daß sie von ihr so begünstigt wird. Die Zensur hat sich manches eigenartige Geschehen geleistet. Es ist sogar vorgekommen, daß sie die Beschaffung eines Audingbuches verboten hatte.

Abg. Jäger (Natl.): Engländer bittet die Handhabung der Zensur sollte nicht Platz greifen. Das Recht, das den Arbeitern nicht verweigert werden. Streiks dürfen natürlich nicht gesteuert werden. (Sehr richtig!) Wir fordern ein einheitliches Arbeiterrecht.

Abg. Mumm (D. H.): Aus der Rede des Kriegsministers sprach der Geist der Unparteilichkeit. Inzwischen Arbeitern und Arbeitnehmern muß Maßnahmen getroffen werden.

Abg. Dittmann (U. S.): Auf diesem Gebiet eine Friedensatmosphäre zu schaffen, ist erst möglich, wenn der Belagerungszustand aufgehört. Zu der Verlängerung der Schutzhaft kommt neuerdings die Verweigerung der Entschädigung für unfähig erklärte Schiffsahrt.

Oberst v. Wrisberg: In den letzten Wochen sind 251 Leute in die Heimat entlassen worden. Die Schiffsahrt wird nicht grundlos, zum mindesten nicht ohne vorherige Beweismittel verboten.

Abg. Heine (Soz.): Die ungenutzten Stellen können der Kommandogewalt auf der See herum, das nennt man militärische Disziplin. In der ungenutzten Beschränkungen werden Verletzungen verboten, namentlich in Schiff-Verträgen. In einem Nachwort merkt ich Generalmajor a. H. Hindenburg an das Volk zum Kampfe gegen die wenigen, Plauen". Das sind wir im Reichstag. Die Größe des Generalmajors ändert nicht, ihm zu sagen: Ihre Sache ist fest, müssen Sie sich nicht in die Politik. Der Abdruck wird nicht für englischer Artikel wird verboten, damit das Volk nicht erfährt, daß es auch in England vernünftige Menschen gibt, die den Sozialismus nicht verwerfen. Wir müssen uns schämen über solche Zustände der Zensur.

Präsident Dr. Kaempff: Der Abg. Heine hat gesagt, Generalmajor a. H. Hindenburg solle sich nicht in die Politik einmischen und nicht schwächen. (Ausruf rechts.) Wir verehren im Generalmajor a. H. Hindenburg, im ganzen deutschen Volk aus vollen Herzen den großen Mann, von dem der Kaiser gesagt hat, daß er der Nationalheld des deutschen Volkes geworden ist. Für ihn ist das Wort Wahrung eine Herabwürdigung. (Lebhafter Beifall.) Ich rufe den Abg. Heine nachträglich zur Ordnung.

Unterstaatssekretär Dr. Wallraf: Ich bin der festesten Überzeugung, daß die Worte des Generalmajors über den Weg zum Herzen des deutschen Volkes finden, (Beifall.) Die englischen Arbeiter bekämpfen sich bitter, über die Handhabung der dortigen Zensur, ebenso ist es auch in Japan.

Abg. Lehmann (Ztr.): Auch ein Mann von der ungeheuren Stellung des Generalmajors a. H. Hindenburg muß sich die Kritik gefallen lassen, wenn er den Reichstag kritisiert. Wenn auf die Unzufriedenheit eines zum Tode verurteilten Menschen über 50 Personen in Schutzhaft gehalten werden, so ist das entsetzlich.

Oberst v. Wrisberg: Es befindet sich niemand mehr von den 50 Personen in Schutzhaft.

Abg. Graf Westarp (Komm.): Wir behaupten, daß die schiffvertragsliche Dinge in dieser Form und Breite nicht vorgetragen worden sind. Wir erkennen an, daß an der Zentralstelle der Wille besteht, diese Angelegenheiten abzustellen. Der Abg. Heine hat von der Zensur und ihren Beamten in sehr verletzender Form gesprochen. Wie muß das auf diese Leute wirken, die doch nur ihre Pflicht tun. Das ist weder sozial noch demokratie. (Sehr richtig rechts.) Die Weisungen gehen an die Reichsminister in den Krieg. Sie haben für ihn nichts Verleidendes, noch aber für das deutsche Volk. (Zustimmung rechts.) Dessen Zuversicht und dieses absolute Vertrauen zu Hindenburg sind ganz unersehbar. Sie wollen wir uns nicht nehmen lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Heine (Soz.): Ich habe mich allerdings im Ausdruck vergriffen, eine Verletzung des Generalmajors lag mir fern.

Damit schließt die Aussprache. Angenommen wird eine Erklärung, wonach die in Entschädigung angeordneten Ausweisungen unter das Reichsgesetz vom 4. Dezember 1916 fallen sollen. Angenommen werden ferner die Anträge des Hauptauschusses zur Zensur. Die Entschädigung auf Befreiung der politischen Zensur wird abgelehnt, da mit der Zensur auch die Unabhängigen Sozialdemokraten dagegen stimmen, weil ihr weitergehender Antrag gefallen war.

Die Interpellation über Wirtschaftsverhältnisse des Mittelstandes wird später beantwortet werden. Das Haus erledigt hierauf ohne erhebliche Aussprache den Rest der Tagesordnung.

Präsident Dr. Kaempff entbietet in seinem Schlussworte allen Gruppen den Glückwunsch zum Reichstage und ruft dem deutschen Volk zu: "Macht die Kerzen leuchten!"

Nächste Sitzung am 5. Dezember 1917. (Schluß nach 8 Uhr.)

Die Anträge des Verfassungsausschusses.

Der Verfassungsausschuss des Reichstags beantragt auf Grund seiner Beschließung einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung in einer Reihe von Artikeln, deren wichtigste nachfolgend in der beantragten neuen Fassung zusammengefaßt sind:

Artikel 9, Satz 1 wird dahin geändert: Jedes Mitglied des Bundesrats hat das Recht, im Reichstage zu erscheinen, und nach befristet auf Verlangen jederzeit während der Beratung zu den Verhandlungssgegenständen gehört werden, um die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann, wenn dieselben von der Mehrheit des Bundesrats nicht angenommen worden sind. (Der Satz: Niemand kann ein zweites Mal gewählt werden.)

110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200

Bekanntmachung.

Die unterfertigten Zeichnungsstellen machen hierdurch bekannt, daß ihre Kassenlokale am

Sonntag, den 14. Oktober 1917,

== vormittags von 11 bis 1 Uhr, ==
zur Entgegennahme von Zeichnungen für die

7. Kriegsanleihe

geöffnet sind.

Kreissparkasse.

Mitteldutsche Privat-Bank A.-G.

Zweigniederlassung Merseburg.

Friedrich Schultze.

Städtische Sparkasse.

Vorschuß-Verein zu Merseburg E. G. m. b. H.

Ämtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Betr. Anordnung über den Verkehr mit Zuder.

Auf Grund des § 5 der Bekanntmachung betr. Zuder vom 10. April 1916 (M.-G.-Bl. S. 282) und des § 2 der Anordnung der Provinzialzuckerwerke vom 15. September 1917 wird für den Umfang des Kreises Merseburg folgendes bestimmt:

I. Zuder darf von den Zuderverkaufsstellen des Kreises vom 1. November 1917 ab nur gegen Abgabe der jeweiligen gültigen Zudermarken der Zuckerwerke der Provinz Sachsen vertrieben werden.

II. Provinzialzuckermarken erlassen bis auf Widerruf:

1. Zückermarken für jede Urlandswoche eine Marke über 175 Gramm.
2. Säuglinge bis zum vollendeten ersten Lebensjahre auf den Kopf und Monat außer der Marke über 750 Gramm noch zwei Zusatzmarken über je 125 Gramm.
3. Klein gewerbliche Betriebe (Bäckereien, Konditoreien, Gastwirtschaften, Apotheken) u. Kriegsküchen Marken im Werte von 750 Gramm entsprechend der Gesamtgröße der bisherigen monatlichen Zuderzulassung.

III. Die Ausgabe der Provinzialzuckermarken an die Verbraucher erfolgt durch die Dr. Säckelböden.

IV. Nicht ausgegebene Marken und Zusatzmarken sind von den Ortsbehörden bis zum dritten Tage nach Ablauf ihrer Gültigkeit dem königlichen Landratsamt — Marken-Inspektionsstelle — zurückzugeben.

V. Die Bekanntmachung betr. Zuderumlaufkarten vom 10. Mai 1917 — veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 108 — bleibt durch vorstehende Anordnung unberührt.

VI. Zunderhandlungen werden gemäß § 19 der Bundesratsverordnung vom 10. April 1916 (M.-G.-Bl. S. 284) mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 M. bestraft.

Merseburg, den 8. Oktober 1917.

Der königliche Landrat.

J. B. v. Gronow.

Bekanntmachung.

über Höchstpreise für „Geldflee in Kappen.“

Die offizielle Preis-Kommission für landwirtschaftliche Erzeugnisse hat in ihrer Sitzung vom 20. September 1917 im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten als Ergänzung der Liste der Höchstpreise für Acker- und Grasfrüchte vom 25. Juli 1917 für Geldflee in Kappen nachstehende Höchstpreise festgelegt:

Stufe I.	Stufe II.	Stufe III.	Stufe IV.
Döckereinfangspreis für 50 kg an Verbraucher	Döckereinfangspreis für 50 kg der Händler an Händler zum Verkauf an Verbraucher.	Döckereinfangspreis für 50 kg der Händler vom Produzenten.	Döckereinfangspreis für 50 kg der Händler vom Produzenten.

81.- 71.- 64.- 60.-
Merseburg, den 10. Oktober 1917.

Der königliche Landrat.

J. B. v. Gronow.

Bekanntmachung.

Für die Prüfung von Fleischhauern, welche im November 1. Jg. in Halle a. S. abgehalten ist, habe ich Termin auf Donnerstag, den 15. November 1917, nachmittags 3 1/4 Uhr anberaumt.

- Zur Prüfung dürfen nach § 3 der Prüfungs-Vorschriften nur zugelassen werden männliche Bewerber, die
1. das 23. Lebensjahr vollendet und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben;
 2. körperlich tauglich, insbesondere im Vollbesitze ihrer Sinne sind;
 3. mindestens 4 Wochen lang einen theoretischen und praktischen Unterricht in der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in einem der Schlachthöfe zu Halle a. S., Eisleben, Weißenfels oder Naumburg a. S. genossen haben.
- Ausnahmsweise dürfen Bewerber zugelassen werden, welche das 23. Lebensjahr noch nicht vollendet oder das 50. Lebensjahr bereits überschritten haben.

Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind in Halle a. S. Weißenfels, Zeitz und Eisleben durch die Polizeiverwaltungen, im übrigen durch die Landräte an den Vorsitzenden der Prüfungskommission zu richten.

Merseburg, den 3. Oktober 1917.

Der Regierungs-Präsident.

Veröffentlicht: Merseburg, den 10. Oktober 1917.

Der königliche Landrat.

J. B. v. Gronow.

Bekanntmachung

freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen

Durch Verordnung des stellvertretenden General-Kommandos 4. Armee-Korps vom 2. Oktober er. ist die Frist zur freiwilligen Ablieferung der beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände

aus Kupfer- und Silberlegierungen bis zum 31. Oktober d. J. verlängert.

Bis zu diesem Zeitpunkt werden die erhöhten Preise und ein Zuschlag von 1 Mark pro kg erzielt. Die Gegenstände können in der Zeit von 9-12 Uhr vorm. in der unten angegebenen Stelle abgeliefert werden.

Merseburg-S., den 8. Oktober 1917.

Die Kreissammelstelle Firma Liebmann

Merseburg, Entenplan 6.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

Findet am 13. Okt. 1917 statt bei Hoffmann, Obere Breitenstraße Nr. 4 nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1901-2000

bei Möbins, Tiefer Keller Nr. 1 nachm. von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 2101-2200

Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht. Merseburg, den 12. Oktober 1917.

Das kaiserliche Lebensmittelamt.

22 Stück Hauslämmer

hat abgegeben — einzeln und im ganzen — Gewicht 55-65 Pfd. per Stück

Georg Koch, Schafstädt.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit sind innerhalb des Regierungsbezirks Gumbinnen-Balione und Gumbinnen-Balione niedergegangen, die von unseren Feinden aufgeflogen sind. Für die Herstellung und solche Gegenstände äußerst wertvoll. Die Verbesserung wird deshalb aufgeflogen, solche Gegenstände als bald nach ihrem Auffinden dem stellvertretenden General-Kommando IV. Armee-Korps in Magdeburg zu überreichen, auch dann, wenn sie mit einem Fettsack gefüllt, kann verpackt werden, versehen sind, unter kurzer Angabe der Fundstelle und etwaiger besonderer Umstände der Auffindung. Wenn möglich, ist die Bindrichtung anzugeben, bei der der Ballon niedergeht.

Entsendende Anzeigen werden erlegt.

Magdeburg, den 9. Oktober 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General.

F. v. Lynder.

General-Lieutenant, à la suite d. Luftschiffer-Batt. Nr. 2.

Gottesdienst-Anzeigen.

Sonntag, den 14. Oktober 1917 (19. n. Trinitatis).
Gesammelt wird eine Kollekte für das Diakonissen-Mutterhaus in Wittenberg.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Diakoniss. Mutterhaus.
Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.
Nachm. 5 Uhr: Superintendent Wittenberg.

Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst für Landkinder in der Herberge zur Heimat.
Abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein des Vaterländischen Frauenvereins, Zeitzer Str.

Abends 8 Uhr: Kriegsbildende in der Herberge zur Heimat. Diakoniss. Mutterhaus.

Städt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Bohner.
Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst. Pastor Werfger.
Abends 8 Uhr: Jungfrauenverein, Mühlstraße 1. Pastor Werfger.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Ev. Mädchenbund St. Margrit. Mühlstraße 1. Frau Pastor Klein.

Donnerstag nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe von St. Margrit. Mühlstr. 1 — Schulhaus — Frau Pastor Werfger.

Mittwoch, Vorm. 10 Uhr: Pastor Krugheim.
Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.

Montag, nachmittags 4 Uhr: Frauenhilfe. Unter-Mittenburg 38.

Montag, abends 8 Uhr: Kriegsbildende. Unter-Mittenburg 38.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein. Unter-Mittenburg 38.

Meißenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Trömel.
Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Voit.
Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.

Montag abends 8 Uhr: Versammlung der konfirmierten Töchter im Jugendheim, Werderstr.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Versammlung des Evng. Mädchenvereins St. Thomas im Jugendheim, Werderstr.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 14. Oktober 1917
Gräß 6 Uhr: Beichte.
7 Uhr: Frühmesse mit Predigt.
10 Uhr: Hochamt mit Predigt.
2 Uhr nachm.: Größtenlehre und Kriegsbildung.
An den Wochentagen 7/8 Uhr: Beil. Messe.
Sonntags abends von 8 Uhr an Beichte.